

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

Horst Peter MdB zur Gestaltung des Binnenmarktes: Für eine Sozialpolitik mit europäischer Dimension.

Seite 1

### Dokumentation:

„Deutsche Wegmarken“ - Unter diesem Titel hielt der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt am 11. September in Berlin einen Vortrag, in dem er wichtige Etappen der Geschichte reflektierte. Wir dokumentieren den Vortrag in seinen drei Kapiteln. (Teil I)

Seite 4

43. Jahrgang / 179

19. September 1988

Für eine Sozialpolitik mit europäischer Dimension (Teil I)

Gedanken zur Gestaltung des Binnenmarktes

Von Horst Peter MdB

EG-Beauftragter für Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

I.

Europapolitik ist Innenpolitik, die die europäische Handlungsebene in die Gesamtpolitik einbezieht. Wenn wir auf diese Weise die europäische Dimension in die Gesamtpolitik integrieren, wird es auch beispielsweise Helmut Kohl schwer fallen, sich auf dem europäischen Gipfel in Hannover als europäischer Sozialpolitiker darzustellen und gleichzeitig in Bonn den Sozialstaat zu zerstören. Dann wird klar: Kohl bleibt Kohl, ob in Hannover oder Bonn: Er steht für eine unsoziale Gesamtpolitik.

II.

Ich plädiere deshalb für eine Sozialpolitik, die die europäische Dimension einschließt - für Binnenmarkt und Sozialraum zugleich. Es war der Bundesverband der deutschen Industrie, der mit seinem Memorandum zur Europapolitik vom November 1987 anlässlich der deutschen EG-Präsidentschaft die Sozialraumdiskussion belebt hat. Der kaum verhüllte Appell der deutschen Wirtschaft an die Bundesregierung, die deutsche Präsidentschaft zu einer Deregulierungsoffensive zu nutzen, die Drohungen, durch überzogene soziale Regeln und überhöhte Arbeitskosten sei der Industriestandort Bundesrepublik gefährdet, machte der Öffentlichkeit deutlich, daß die Einführung des freien Verkehrs von Personen, Waren und Dienstleistungen innerhalb der EG auch soziale Risiken birgt.

Der angekündigte Wachstums- und Wohlstandsschub birgt das Risiko der unterschiedlichen Verteilung der Wohlfahrtsgewinne, der Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte, der weiteren Konzentration und Zentralisation in der Wirtschaft.

Die Gewerkschaften sehen hinter dem Ruf der deutschen Arbeitgeber nach einer europäischen Deregulierungsoffensive die Absicht, die sozialen Standards zu senken, soziale Errungenschaften auf nationaler Ebene abzubauen, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und sich aus der deutschen Mitbestimmung davonzustellen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

12müßiger Umgang  
mit wertvollen Aufträgen  
Recycling-Papier



Wortführer der Spitzenverbände der Wirtschaft wie beispielsweise Fritz-Heinz Himmelreich auf der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Binnenmarkt und Sozialraum“ im Mai 1988 bringen die Strategie der Arbeitgeber auf den Punkt: Tatsache sei, daß die Arbeitskosten zu hoch seien, daß die Arbeitszeit zu starr sei. Wörtlich: „Die Sonntagsarbeit ist hierzulande stärker eingeschränkt als in fast allen Ländern, mit denen wir im Wettbewerb stehen.“

Spätestens jetzt wird deutlich: die deutsche Wirtschaft hat das Projekt Binnenmarkt zur Chefsache erklärt. Es wird damit zum trojanischen Pferd, um die nationale Strategie des Sozialabbaus mit dem gleichzeitigen Herausheben der wirtschaftlichen Chancen des Binnenmarktes und der Drohung mit dem Attraktivitätsverlust des Industriestandorts Bundesrepublik europapolitisch durchzusetzen.

### III.

In der Tat ist es richtig, daß bei der Annäherung der wirtschaftlichen Verhältnisse insgesamt die sozialen Unterschiede so sehr ins Gewicht fallen, daß sie als Druckmittel zunehmend geeigneter werden. Die europäischen Gewerkschaften sprechen daher mit Recht von der Gefahr des „Sozialdumping“. Es ist deshalb höchste Zeit für Sozialdemokraten und Gewerkschaften, gemeinsam eine offensive Gegenstrategie zu entwickeln und in konkrete Politik umzusetzen.

Dabei ist es eine Illusion anzunehmen, der Weg der europäischen Integration sei noch zu stoppen. Ganz abgesehen davon, daß ich eine solche Strategie inhaltlich nicht für richtig halte, glaube ich auch nicht, daß die politischen Kräfte ausreichen, den fahrenden Zug aufzuhalten. Aber wir müssen uns klar darüber sein, der europäische Zug wird von einer konservativen Lokomotive gezogen, denn in den meisten EG-Staaten haben wir konservative Regierungen. Und das soziale Gegenmodell ist erst in Bau und es sind noch erhebliche konzeptionelle Probleme zu lösen, ehe es auf die Schiene gehen kann.

Aber: Wer nicht will, daß die Arbeitnehmer in Europa nur als Verfügungsmasse der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet werden, wer nicht will, daß die über 16 Millionen Arbeitslosen in der EG als „industrielle Reservearmee“ eingesetzt werden, muß den Kampf um den Sozialstaat auf europäische Ebene heben, muß neben die Entwicklung des europäischen Wirtschaftsraums die gleichzeitige Entwicklung des europäischen Sozialraums stellen, muß die wirtschaftliche Entwicklung sozial und ökologisch - das sind zwei Seiten derselben Münze - gestalten. Der Begriff Binnenmarkt muß mit dem Ziel des sozialen und ökologischen Fortschritts verbunden werden, er darf kein anderes Wort für sozialen Rückschritt werden.

Die Größe der Aufgabe ist vergleichbar mit dem historischen Kampf der Arbeiterbewegung um den nationalen Sozialstaat. Auf europäischer Ebene müssen sozialistische Parteien und Gewerkschaften ihr Bündnis, das national manchmal leichtfertig wegen des Images der Modernität in Frage gestellt wird, neu schmieden. Wer denn sonst, wenn nicht die sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften gemeinsam, können von ihrer Programmatik und ihrer Geschichte her diese Aufgabe in Angriff nehmen?

### IV.

Es gilt zunächst, die Rahmenbedingungen für eine europäische Sozialpolitik zu analysieren. Die rechtliche Ausgangssituation ist in zweifacher Hinsicht verbesserungsbedürftig:

Erstens müssen die Rechtsgrundlagen für eine europäische Sozialpolitik verbessert werden. Sie sind in den Römischen Verträgen unterentwickelt, denn der Geist dieser Verträge ist von Anfang an wirtschaftlich orientiert. Sozialpolitik geht nicht über den allgemeinen Programmsatz der „Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen der Arbeitnehmer und ihre Angleichung auf dem Wege des Fortschritts“ (Artikel 117) hinaus. Konkrete sozialpolitische Kompetenzen wachsen der EG nur zu, wenn sich sozialpolitischer Handlungsbedarf unmittelbar für die Errichtung und das Funktionieren des gemeinsamen Marktes ergibt (Artikel 100). Sozialpolitik ist also eine aus der wirtschaftli-

chen Logik abgeleitete Größe. Am Anfang jeder europäischen Sozialpolitik steht demnach der Konflikt darüber, ob überhaupt sozialpolitischer Handlungsbedarf besteht. Über diesen Konflikt muß im europäischen Rat in der Regel einstimmig Konsens erzielt werden. Und das mit einer Mrs. Thatcher am Tisch, deren Wirtschaftspolitik auf dem Wettbewerb der sozialen Systeme nach unten beruht. Deshalb verwundert es nicht, daß sich die sozialpolitischen Maßnahmen in der EG auf die Sicherstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die dafür notwendigen Begleitmaßnahmen der Sicherung der Ansprüche und Leistungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit beschränken und seit 1980 praktisch sozialpolitischer Stillstand auf dem Gebiet der europäischen Gesetzgebung herrscht.

Zwar bringt die Einheitliche Europäische Akte (EEA) als Ergänzung der Römischen Verträge auf sozialpolitischem Gebiet Verbesserungen, indem das Mehrheitsprinzip im Rat bei Maßnahmen der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz eingeführt wird (Artikel 118a), indem mit der neuen Institution des sozialen Dialogs eine Grundlage für künftige europäische Tarifverträge gelegt wird (Artikel 118 b), indem das Ziel des sozialen Zusammenhalts der EG als Ganzes, das heißt die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in den Regionen der Gemeinschaft als Aufgabe der Strukturfonds festgelegt wird (Artikel 130 a), aber letztendlich fehlt immer noch die Rechtsgrundlage für eine eigenständige europäische Sozialpolitik.

Zweitens fehlt weitgehend ein parlamentarischer Handlungsansatz - das gilt über Sozialpolitik hinaus -, da das nationale Parlament immer mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene abgibt, ohne daß sie dort das europäische Parlament erreichen. Das Initiativrecht für europäische Gesetze liegt bei der Kommission, das letzte Entscheidungsrecht liegt beim Rat, also den nationalen, in ihrer Mehrheit konservativen Regierungen. Es ist viel zu wenig im Bewußtsein der Öffentlichkeit, daß der Bundestag in dem Maße an Kompetenzen verliert, wie politische Sachverhalte durch Richtlinien der EG geregelt werden. Eine EG-Richtlinie ist aber ein Rahmengesetz, das nach einer Übergangszeit auf nationaler Ebene ausgefüllt werden muß und dem das nationale Recht einschließlich der Bestimmungen der Verfassung nachgeordnet ist.

Das Hauptproblem der europäischen Gesetzgebung ist jedoch, daß daran das europäische Parlament nur marginal beteiligt ist. Dieses Defizit wird auch durch das neue Kooperationsverfahren nach der Einheitlichen Europäischen Akte (Artikel 149 a) nicht ausgeglichen.

Das Elend des europäischen Gesetzgebungsverfahrens wird deutlich, wenn man es auf unsere parlamentarischen Entscheidungsprozesse überträgt. Was würden wir sagen, wenn etwa auf Landesebene das Gesetzesinitiativrecht ausschließlich bei der Landesregierung, das Beschlußrecht aber bei der Versammlung der Oberbürgermeister und Landräte liegen würde? Was würden wir sagen, wenn auf Bundesebene das Gesetzesinitiativrecht ausschließlich bei der Bundesregierung, das Beschlußrecht aber bei der Versammlung der Landesregierungen liegen würde?

Nur mit einer koordinierten Handlungsstrategie der Parlamentarier auf europäischer und nationaler Ebene und öffentlichem Druck sind die Entscheidungen auf europäischer Ebene zu politisieren.  
(-/19.9.1988/vo-he/rs)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unser morgigen Ausgabe)

\* \* \*

DOKUMENTATION

Willy Brandt: Deutsche Wegmarken

(Teil I)

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hielt unter dem Titel „Deutsche Wegmarken“ am 11. September in Berlin einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren.

Meine erste Berliner Lektion erfuhr ich vor 55 Jahren, im März '33, am Samstag nach jenen Reichstagswahlen, die Hitler bekanntlich nicht - jedenfalls nicht allein - zur Mehrheit verhalfen. Ich kam aus Lübeck, wo ich bei einem Schiffsmakler volontierte, und war auf dem Weg nach Dresden, wo an jenem Wochenende eine „illegale“ Konferenz stattfand. Ja, wir sagten damals selbst und noch lange „illegal“, wo es sich doch eigentlich darum handelte, daß wir nicht gesonnen waren, uns den Rechtsbrechern und Volksverderbern zu unterwerfen.

In jenem März '33 habe ich mich in Berlin nicht wohlgeföhlt; das Wetter war übrigens auch nicht danach. Ich will nicht verhehlen, daß ich an der hansestädtischen Wasserkante mit leicht antipreußischem Vorurteil und nicht als ausgesprochener Fan der Reichshauptstadt aufgewachsen war. Und eigentümlicherweise war mir nicht hinreichend bewußt, daß die Berliner bei den doch schon von Terror begleiteten Wahlen vom 5. März besser als die meisten Landsmannschaften abgestimmt hatten; die NSDAP erhielt hier nicht mehr als 31,3 Prozent.

Ich müßte lügen, wollte ich den Eindruck erwecken, ich hätte mich rundum wohl geföhlt, als ich hier in der zweiten Hälfte des Jahres 1936 unter der Tarnkappe eines skandinavischen Studenten lebte und mich in Wirklichkeit um den Zusammenhalt von einigen hundert überwiegend jungen Menschen kümmerte, die meinten, sich geistig-politisch auf „die Zeit danach“ vorbereiten zu sollen. Widerstand nannten wir das damals nicht, doch Opposition war es allemal, auch nicht ungefährlich. Die bitteren Erfahrungen wogen schwerer als die wenigen schönen Erinnerungen.

Es dauerte dann aus Gründen, die ich nicht zu verantworten hatte, einige Zeit, bis mich der Weg wieder hierher nach Berlin führte. Und bis ich des Provinzlers Zurückhaltung ablösen konnte durch die liebgezwonnene Arbeit in dieser Stadt, für ihr Recht auf Leben und Zukunft. Das sagt sich heute so leicht und bedeutete doch mehr als einmal, sich - im Sinne von Camus - Sysiphus als einen glücklichen Menschen vorzustellen.

Damals, als ich zuerst nach Berlin kam - und verstärkt in den Jahren, die folgten - ist mir häufiger durch den Kopf gegangen, daß die Wegmarke des Januar '33 nicht ohne die der Jahreswende '18-'19 zu begreifen sei. Und daß viele von uns in diesem Jahrhundert allzu oft geneigt gewesen sind, die Schuld für unsere deutschen Misere bei Außenfaktoren zu suchen, anstatt der eigenen Verantwortung mit gebührendem Ernst nachzuspüren. Ich meine jetzt nicht Versailles und die Ruhrbesetzung und die Reparationen, obwohl sich zu alledem ohne Übertreibung sagen läßt, daß sich der Sinn der Siegermächte für eine gedeihliche europäische Zukunft, auch für rationales Eigeninteresse, in Grenzen hielt.

Mein Punkt ist die Legende von der drohenden bolschewistischen Gefahr, von der es hieß, sie habe vor allem anderen hier in Berlin Ende '18/Anfang '19 abgewehrt werden müssen; so war die parteiübergreifende Lesart. Sie half dem großen Teil jenes Bürgertums, das nicht ohnehin, nahezu unbedingt und verstockt, im antiliberalen Fahrwasser bleiben wollte, beim Ausweichen vor einer klaren republikanischen Entscheidung. Die sozialdemokratische Führungsschicht andererseits glaubte, zwischen Gärung und Ordnung wählen zu müssen, und da fiel die Wahl nicht schwer.

Die Nazis haben die angebliche bolschewistische Gefahr nicht erfunden, aber sie haben sie wirksam mit ihre Grundanklage verbunden, daß „das System“ von Anfang an unfähig gewesen sei, Deutschland gegen Aussaugung und Zersetzung zu schützen. Bei aller sonstigen Relativierung ist dann die These, nach Ende des Ersten Weltkriegs hätten sich die Bolschewiken mit Hilfe der Spartakisten schon im Vorhof deutscher Staatsmacht befunden, zum wenig angefochtenen Bestandteil der Geschichtsschreibung geworden. Ich halte dies für eine der Legenden, wo nicht sogar Lebenslügen, die hinter uns zu bringen längst geboten gewesen wäre.

Die Fehleinschätzung, die kultiviert und zum Postulat erhoben wurde, hat in erster Linie erhalten müssen, um die alten Mächte gesellschaftlich-politisch weithin unangetastet zu lassen, nach rechtsextrremen Freikorps zu rufen und das Zurückschrecken vor gründlicher demokratischer Erneuerung zu entschuldigen. Gewiß, Lenin und sein Anhang hofften auf deutsche Entlastung. Doch daß sie geplant hätten und materiell in der Lage gewesen wären, im Sinne ihres Verständnisses von Revolution in Deutschland zu intervenieren, das ist weit von den damaligen Realitäten entfernt. So auch die Fehleinschätzung der linksradikalen Kräfte im eigenen Land: Es gab radikalisierte Arbeiter (und heimgekehrte Soldaten), und in Berlin fanden sie sich in beträchtlicher Zahl. Doch von einem bedeutenden

revolutionären Potential konnte keine Rede sein. Die Führer des kleinen Spartakusbundes - eine bolschewistische Partei war er nicht - sollten das im Januar '19 schmerzlich genug erfahren.

Die Russen wären nicht einmal fähig gewesen, in Deutschland zu intervenieren. Der Beitrag der Bolschewiki zur deutschen Revolution bestand im Dezember '18 darin, daß sie drei junge Männer einschleusten. Sie hatten in Wilna für zwanzig Mark falsche Entlassungsscheine erworben, sich damit als österreichische Kriegsgefangene ausgewiesen und sich, via Ostpreußen, auf den Weg nach Berlin gemacht. Der erste der drei war ein gewisser Karl Radek; der zweite ein Felix Wolf (oder Rackow), der in unserem Zusammenhang nicht weiter interessiert; der dritte Ernst Reuter, von dem über Berlin hinaus gut genug bekannt ist, daß er es bei den Kommunisten nicht lange ausgehalten hat.

Radek, aus der polnischen Arbeiterbewegung kommend, hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg auf dem linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie getummelt; der alte Bebel wollte von ihm nichts wissen; Rosa Luxemburg war ihm in intimer Feindschaft verbunden. Leute aus der traditionellen deutschen Rechten und solche, die man Nationalbolschewisten zu nennen begann, fanden in ihm - schon als er Anfang '19 im Gefängnis saß - einen geschätzten Gesprächspartner. (Später wurde er in einem von Stalins Schauprozessen nicht zum Tode, sondern zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt und landete im Lager, wo er von einem Mitgefangenen erschlagen worden sein soll. Als ich im Frühjahr in Moskau war, erzählte man mir von Radeks Rehabilitation. Eine posthume Ehrenrettung wurde auch dem bedeutenderen Nikolaj Bucharin zuteil, der im Spätherbst '18 ebenfalls in Berlin gewesen und im Dezember ausgewiesen worden war; er hatte Kontakt mit Unabhängigen Sozialdemokraten gesucht - so nannten sich bekanntlich die von der Parteimehrheit wegen der Haltung zu Krieg Abgespaltenen. Ich mache diese Randbemerkung nicht nur, weil ich an jene nichtdeutschen Personen erinnert wissen möchte, die auf das politische Geschehen im Deutschland der letzten Jahrzehnte Einfluß nahmen.)

Meine These also: Ein bolschewistisches Schreckgespenst war nützlich, damit die reaktionären Kreise, die in die höheren Ränge von Militär und Bürokratie zogen, nicht ernsthaft gestört, geschweige denn aufgebrochen würden. Nicht einmal den Respekt vor der neuen Flagge oder gar der Staatsform brauchten sie sich abtrotzen zu lassen. Der in anderer Hinsicht verdienstvolle und gewiß aller Ehren werthe Reichspräsident Ebert ließ sich einreden, die junge Republik würde nicht überleben, sichere sie sich nicht die Unterstützung der monarchistischen Rechten. Dies hatte nichts mit Mangel an Grundsatztreue zu tun, sondern mit dem Erbe einer deutschen Arbeiterbewegung, die imponierend groß geworden, der jedoch der Wille zur Macht weder in die Wiege gelegt noch nachgewachsen war - und die sich heillos über „Sozialismus“ zerstritt, während „Demokratie“, deren Ausgestaltung und Verteidigung, hätten auf der Tagesordnung stehen sollen und wohl auch können.

Eine Betrachtung dieser Art reduziert nicht das Ausmaß kommunistischer Mitschuld an dem, was zur nazistischen Machterschleichung führte. Auch der Mangel an Wirklichkeitssinn, der die linksradikalen Gruppen Ende '18 kennzeichnete, kann weder wegerklärt noch darf er verniedlicht werden. Im Gegenteil: Wenn die Wahrheitssuche in Moskau Fortschritte macht, wird nicht allein, aber gerade in Deutschland lebhaftes Interesse an schlüssiger Aufklärung darüber bestehen, welcher Teufel die Stalinisten geritten hatte, als sie die KPD an der Demontage des ohnehin schwachen Weimarer Staates nach Kräften mitwirken ließen. (Und, wenn eine zweite Randbemerkung gestattet ist: Mindestens so interessant wird zu erfahren sein, was es wirklich mit den Verträgen, vor allem den geheimen, auf sich hatte, die Molotow für Stalin und Ribbentrop für Hitler im August '39 abgeschlossen haben. Es ist zu vermuten, daß auch der Ruhm anderer Regierungen Einbußen erleiden wird.)

Die Bedingungen für einen sozial-revolutionären Umbruch in Deutschland waren nicht reif. Als Rosa Luxemburg am 10. November - am Abend des 8. war sie in Breslau aus der Schutzhaft entlassen worden - in Berlin erschien, sollte sie es erfahren. Die Revolutionsgesinnten, von denen sie so viel erhofft hatte, waren erstens deutlich in der Minderheit und verfügten zweitens ebensowenig über hinreichend klare Vorstellungen von dem, was zu geschehen habe, wie sie selbst. Die Delegierten - die - im Gebäude des Preussischen Landtags - zur Jahreswende '18/19 beschlossen, den Spartakus-Bund zur Partei werden zu lassen, stimmten ihr immerhin zu: Die Macht wolle man nur dann übernehmen, wenn die Unterstützung durch eine breite Mehrheit der arbeitenden Massen gesichert sei. Genau dies war beim Berliner Januaraufstand nicht der Fall. Den hatten die Spartakusleute nicht ausgerufen, doch sie wollten sich davon auch nicht distanzieren. Die revolutionären Obleute hatten einen großen Teil der Berliner Metallarbeiter hinter sich, doch eine wirkliche Gefahr ging von dort nicht aus.

Wäre es nach der Luxemburg gegangen, hätte die neue Partei die Bezeichnung „sozialistisch“, nicht „kommunistisch“ getragen und sich der III. Internationale nicht angeschlossen. Ihre eigentliche Niederlage auf dem Gründungsparteitag der KPD bestand jedoch darin, daß eine große Mehrheit beschloß, sich an den Wahlen zur Nationalversammlung **n i c h t** zu beteiligen. Für sie war dies der „Sieg eines etwas kindlichen, unausgegorenen, angstirnigen Radikalismus“. Ihr engster politischer und persönlicher Freund gab zu bedenken, den Entschluß zur Parteigründung noch rückgängig zu machen; der Zug war jedoch abgefahren - aus der anderen Richtung auch.

Richard Löwenthal und Ich haben in unserer Reuter-Biographie vor über dreißig Jahren festgehalten - andere vor uns und nach uns ähnlich - ohne daß ernsthaft widersprochen worden wäre, die Frage der Militärgewalt sei 1918/19 „zum eigentlichen Drehpunkt der Revolution“ geworden. Wir bezogen uns dabei nicht zuletzt auf die Übereinkünfte, die in der Woche vor Weihnachten auf dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte sichtbar geworden waren. Die Delegierten der Berliner Garnison wollten, daß die Macht des als gegenrevolutionär betrachteten Offizierskorps rasch und konsequent gebrochen werde. Aber sie wollten die Veränderung nicht zugunsten einer Räterepublik, die sie ablehnten, sondern zur Sicherung der parlamentarischen Demokratie, die sie erstrebten. Zu dem Behufe stimmten sie dafür, daß zur Nationalversammlung gewählt werden solle. Beides, die Entmachtung der alten Führungsschicht und die demokratische Legitimation, wurde als notwendig für das Gedeihen der Republik erkannt.

Ebert und seine Gefährten fanden hierin keine Antwort auf Ihre Frage nach einer wirksamen Truppe. Auch meinten sie, auf eine Loyalitätsprüfung in den oberen Etagen von Bürokratie und Justiz verzichten zu können. Wir Deutschen haben uns bei verschiedenen Gelegenheiten als mehr autoritätsgläubig denn erneuerungsbegabt erwiesen. Das mag uns das eine oder andere Abenteuer erspart haben, aber 1918 wie 1848 hat es nicht zu rauschendem Erfolg verholfen und 1933 - mit dem, was folgte! - nicht verhindern helfen. Ich glaube nicht an historische Zwangsläufigkeiten und meine in allem Ernst, daß „Weimar“ auch im Sommer '32 nicht notwendigerweise und total verloren gegeben werden mußte. Doch daran, daß die Schwächen und Versäumnisse von '18/'19 zu den Ursachen von '33 gehören, daran gibt es für mich keinen Zweifel.

Wir sind immer noch sehr geneigt, uns vom schlechten nationalen Gewissen dadurch zu entlasten, daß wir dem Ausland vorhalten, was es alles getan oder versäumt habe; dazu läßt sich eine Menge sagen. Aber, bitte, nicht so, daß wir eigenen Unrat vor andere Türen schieben. Denn die Wurzeln des großen Unglücks lagen im inneren Gefüge des eigenen Staats und in der Geisteshaltung einer Gesellschaft, die die Demokratie zu tragen nicht bereit war. In der Republik von Weimar blieben die republikanischen Demokraten eine Minderheit. Die den Staat in seiner neuen Form geschaffen hatten und trugen, wurden bald zu Sündenböcken gestempelt. Auf sie ließ sich alles abladen, alle Schuld an den äußeren und inneren Schwierigkeiten, an Not und Elend und vielmillionenfacher Arbeitslosigkeit. Was schon im Ansatz gescheitert war, habe ich hoffentlich hinreichend deutlich gemacht. Auf jenem Boden wuchs Haß, gedieh die Glorifizierung erfolgloser Waffentaten, wucherte neue Selbstüberhebung. Da gibt es denn doch einen großen Unterschied zur staatlichen Ordnung, die sich am Bonner Grundgesetz orientiert. Wenn es der Ernst des Gegenstands erlaubte, würde ich den kleinen Unterschied hochlieben lassen.

(-/19.9.1988/vo-he/rs)

(wird fortgesetzt)

\* \* \*